

## **Senkung der Schuldenbremse? Merz's; Milliardenpaket in der Krise!**

CDU/CSU und SPD planen ein schuldenfinanziertes Finanzpaket, doch die Zustimmung im Bundestag wackelt gefährlich.

**Karlsruhe, Deutschland** - Die aktuelle politische Lage in Deutschland ist angespannt. CDU/CSU und SPD präsentieren ein umfassendes, schuldenfinanziertes Finanzpaket, das nahezu eine Billion Euro in die Verteidigung und Infrastruktur investieren soll. Allerdings steht die Verabschiedung dieses ambitionierten Projekts auf der Kippe. Um das Paket und die damit verbundenen Änderungen des Grundgesetzes zu verabschieden, ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat erforderlich. Berichte von **Nordkurier** zeigen, dass im alten Bundestag CDU/CSU und SPD zusammen 403 Sitze einnehmen. Für das notwendige Quorum von 489 Stimmen werden mindestens 86 Stimmen der Grünen benötigt. Die Grünen besitzen im aktuellen Bundestag 117 Sitze, doch es gibt signifikante Bedenken, dass diese möglicherweise nicht zustimmen werden.

Grünen-Chef Felix Banaszak hat bereits angedeutet, dass die Vorschläge im Sondierungspapier eher von einer Zustimmung der Grünen entfernen. Zudem hat die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katharina Dröge, eine ablehnende Haltung gegenüber dem Paket eingenommen.

### **Widerstand gegen das Finanzpaket**

Die Situation wird zusätzlich kompliziert durch die Haltung der FDP, die eine Aufweichung der Schuldenbremse entschieden ablehnt, was die Unterstützung durch FDP-Abgeordnete ebenfalls fraglich macht. Innerhalb der SPD gibt es Unmut, vor allem nach dem Verlust von 86 Abgeordneten bei der Wahl am 23. Februar. Auch in der CDU/CSU sind Zweifel an einer Zustimmung erkennbar, wobei der Druck auf beiden Seiten steigt.

Im Bundesrat sind für eine Zustimmung 46 von 96 Stimmen notwendig, ein weiteres Hindernis, da grüne Länderminister angedroht haben, die Sondierungsvorschläge zu blockieren. In den Bundesländern gilt zudem, dass sich Landesregierungen im Bundesrat enthalten müssen, wenn keine Einigung erreicht wird, was de facto wie ein Nein wirkt.

## **Rechtliche Schritte der Linken**

Angesichts der unsicheren Lage hat auch die Linke reagiert. Sie beantragt ein Eilverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, um milliardenschwere Entscheidungen, die auf den alten Mehrheiten im Bundestag basieren, zu verhindern. Der Antrag wurde in Karlsruhe eingereicht und soll versuchen, die Rechte der neuen Abgeordneten zu schützen. Diese sehen sich durch die bevorstehenden Entscheidungen an den Rand gedrängt. Parallel dazu sind CDU/CSU und SPD bemüht, mit Unterstützung der Grünen das Grundgesetz zu ändern, um eine Lockerung der Schuldenbremse für höhere Verteidigungsausgaben zu ermöglichen, was von der Linken vehement abgelehnt wird.

Ein möglicher Deutschlandfonds zur Finanzierung von Infrastruktur mit bis zu 500 Milliarden Euro wird angestrebt, was jedoch auf Widerstand stößt. Der Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen hat gefordert, dass die Gemeinden zusätzliche Mittel zur Finanzierung ihrer Projekte erhalten. Auch die SPD plant, den Deutschlandfonds mit 100 Milliarden Euro auszustatten, was innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen der Schuldenbremse geschehen soll.

# Investitionsbedarf und Reformansprüche

Eine weitere Herausforderung im aktuellen Diskurs ist der massive Investitionsbedarf, den das Institut der deutschen Wirtschaft auf 600 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre schätzt. Um den öffentlichen Dienst zu stärken und unbesetzte Stellen zu füllen, fordert der Beamtenbund dbb ebenfalls mehr finanzielle Mittel. Sowohl SPD als auch Grüne sind bestrebt, die Schuldenbremse zu reformieren, um notwendig gewordene Investitionen in Klima, Infrastruktur und Bildung voranzutreiben. Die von der FDP und der Union geforderte Einhaltung der Schuldenbremse sorgt weiterhin für Spannungen im politischen Raum, insbesondere in Anbetracht der zukünftigen Generationengerechtigkeit.

Der kommende Freitag könnte eine entscheidende Rolle spielen, wenn das Endergebnis der Bundestagswahl vom 26. Februar 2025 festzustellen ist. In der aktuellen Gemengelage werden die nächsten Schritte der politischen Akteure entscheidend sein, um den Ausblick auf die Finanz- und Infrastrukturpolitik neu zu gestalten. Der Druck auf alle beteiligten Parteien steigt und könnte weitreichende Konsequenzen für die politische Stabilität in Deutschland haben.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Karlsruhe, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.nordkurier.de">www.nordkurier.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesspiegel.de">www.tagesspiegel.de</a></li><li>• <a href="http://www.zdf.de">www.zdf.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**